

fehlt. So war das kürzlich von der „Köln. Volksztg.“ der Deutschnation dargebotene Steuerbudget fast durchweg aus Pantoffelblumen gewunden. Falls sich ebenfalls, wie wir bei diesem Anlaß feststellen wollen, die Angaben des genannten Blattes über eine angeblich am Donnerstag erfolgte Besprechung der Blockführer mit dem Reichsfinanzler. Eine derartige Konferenz hat überhaupt nicht stattgefunden.

Der zur Zeit mit längerem Sommerurlaub in seiner Heimat weilende Vorkämpfer in Konstantinopel, Frhr. v. Marschall, hält sich dieser Tage aus einer persönlichen, nicht amtlichen Veranlassung in Berlin auf. Das scheint einer Betrugskorrespondenz Anlaß gegeben zu haben, die Meldung zu verbreiten, daß Frhr. v. Marschall Konstantinopel verlassen und einen weidlichen Vorkämpferposten, gemeint ist Paris, erhalten solle, und daß der General Frhr. v. d. Goltz zu seinem Nachfolger in Konstantinopel bestimmt sei. An amtlichen Stellen wird berichtet, daß ein Vorkämpferwechsel in Konstantinopel in absehbarer Zeit nicht bevorsteht, und es liegen auch sachliche politische Gründe, die gegen einen Wechsel gerade jetzt sprechen, sehr nahe. Ebenso ist nicht daran zu denken, daß, wenn ein solcher Wechsel später einmal eintreten sollte, der General Frhr. v. d. Goltz, dessen Dienste für die Kaiser sehr wertvoll sind, zum Vorkämpfer gemacht werden würde. — Eine ebenfalls von einer Betrugskorrespondenz verbreitete Mitteilung, daß der Oberpräsident von Posen, Herr v. Waldow, zurücktreten wolle, wird von diesem selbst als unrichtig bezeichnet. Damit erhebt sich auch die gleichzeitige Behauptung, daß der frühere Staatssekretär Graf Potobowsky Oberpräsident von Posen werden solle. Vor einem Jahre, als Graf Potobowsky seinen Abschied erhielt, hätte man es in politischen Kreisen, denen die Posener Verhältnisse und die frühere Tätigkeit des Grafen Potobowsky in dieser Provinz bekannt sind, für sehr erwünscht gehalten, diesen Mann als Oberpräsident zu gewinnen. Er würde nachdrücklich ein vorgeschlagener Oberpräsident geworden sein. Es wurde damals aber bekannt, daß Graf Potobowsky unter den jetzt bestehenden Verhältnissen sowohl diesen Posten wie jede andere Verwendung im Reichs- oder Staatsdienst abgelehnt haben würde.

Nach den endgültigen Ziffern für die hauptsächlichsten Reichseinnahmequellen im Finanzjahr 1907 haben sich zunächst die Beiträge für die Zölle und Verbrauchssteuern etwas günstiger gestaltet, als auf Grund der vorläufigen Anschläge angenommen werden mußte. Die Gesamteinnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern stellt sich nicht auf 1043,2 Mill., sondern auf 1047,1 Mill. Mark. Das Mehr gegenüber dem Etat steigt damit von 52,7 auf 56,6 Millionen Mark. An dem Mehr sind beteiligt: die Zölle mit 44,3 Mill. Mark, die Zigarettensteuer mit 1,5 Millionen, Salzsteuer mit 2,5 Millionen, die Branntweinverbrauchsabgaben mit 8 Millionen, die Schenkungssteuer mit 0,5 Millionen und die Verbrauchsteuer, die nach den vorläufigen Ziffern einen Mehrbetrag ergaben hatte, mit 2 Millionen Mark. Diesen Mehrerinnahmen setzen sich Beträge gegenüber bei der Tabaksteuer mit 0,5 Millionen, bei der Zuckersteuer mit 0,2 Millionen, bei der Maßschottchensteuer mit 1,6 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Spielkartenstempel und Wechselstempelsteuer sind mit 19,1 Millionen Mark und 3 Millionen Mark Mehrbetrag gegenüber dem Etat unverändert geblieben; ebenso die Staffelfiskalgebühr, die mit einem Aufkommen von 1,3 Millionen Mark den Gesamtetat um 0,2 Millionen Mark überfrachten hat. Bei den Nebenversteuern, die bekanntlich einen sehr beträchtlichen Mehrbetrag aufweisen, ist das Ergebnis dadurch, daß die Einnahmen bei der Börsensteuer (aus Kaufgeschäften) um 0,1 Millionen und bei der Lotosteuer (für Lose) von Staatslotterien um 0,6 Millionen Mark sich höher gestellt hat, um den Betrag von 0,7 Millionen Mark günstiger geworden. Inzwischen bleibt gegenüber dem Etat ein Mangel von 12 Millionen Mark; und zwar ist bei der Börsensteuer ein Mehr von 1,9 Millionen, bei der Lotosteuer ein Mehr von 2,9 Millionen Mark zu verzeichnen.

Die reichseigenen Steuern waren im Etat mit 92,8 Millionen Mark angesetzt. Sie haben tatsächlich 66,9 Millionen Mark oder 1,2 Millionen Mark mehr erbracht, als aus der vorläufigen Anschlagreibung sich ergab. Das Endergebnis ist günstiger geworden bei dem Frachturkundenstempel um 0,1 Millionen, bei der Personenfahrzeugartensteuer um 0,6 Millionen, bei der Erbschaftsteuer gleichfalls um 0,6 Millionen Mark, hat sich dagegen bei der Steuer von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten noch um 0,1 Millionen Mark verschlechtert. Die Ausfälle gegenüber dem Etat betragen somit bei der Personenfahrzeugartensteuer 11,2 Millionen Mark, bei den Vergütungen für Aufsichtsratsmitglieder 5,7 Millionen Mark und bei der Erbschaftsteuer 9,7 Millionen Mark. Das Mehr des Frachturkundenstempels gegenüber dem Etat belief sich endgültig auf 2 Millionen Mark. Der Gesamtfehlbetrag bei den neuen Steuern stellt sich somit auf 25,9 Millionen Mark. Die gesamten, vorstehend angeführten Einnahmequellen, deren Betrag im Etat auf 1187,5 Millionen Mark angenommen war, haben endgültig erbracht 1209,4 Millionen Mark oder 5,8 Millionen Mark mehr, als die vorläufigen Ziffern erkennen ließen.

Der Ueberschuß gegenüber dem Etat erhöht sich insoweit von 13,1 auf 21,9 Millionen Mark.

Dieser Ueberschuß wird aber empfindlich geschwächt durch das Ergebnis der Einnahmen bei der Post- und Telegraphenverwaltung. Während die Eisenbahnverwaltung gegenüber dem Etat, im Endergebnis, ein Mehr von 3,6 Millionen Mark erzielt hat, stellt sich der Mangel bei der Post- und Telegraphenverwaltung noch etwas höher, als bisher angenommen werden mußte, nämlich auf 13,2 Millionen Mark. Der Gesamtüberschuß aus den Reichseinnahmequellen stellt sich somit auf 12,3 Millionen Mark, statt, wie bisher angenommen wurde, auf 6,3 Millionen Mark. Der Charakter des Finanzjahres 1907 wird freilich durch diesen verhältnismäßig geringfügigen Mehrbetrag nur wenig beeinflusst.

— Vom Zentralbureau der national-liberalen Partei geht uns mit der Bitte um Annahme das folgende zu: „Wir bitten unsere Parteifreunde überall da, wo Freistimmige in der Stichwahl stehen, mit allen Kräften für sie einzutreten. Die gleiche Unterstützung ist uns von Seiten der freistimmigen Volkspartei für die Stichwahlkandidaten der national-liberalen Partei zugesichert.“

— Die „Köln. Volksztg.“ stellt sich zur Aufnahme nachstehender Verichtigung gemüthlich: „Zum Stand der Reichsfinanzreform schreibt uns ein Abgeordneter: Der Artikel, der Stand der Reichsfinanzreform“ in Nr. 510 der „Köln. Volksztg.“ schließt mit einer Bemerkung, die in Abgeordnetenkreisen der Zentrumspartei einige Verwirrung hervorgerufen dürfte. Es heißt dort:

Wenn man nun aber glaubt, das Zentrum sei in der Finanzfrage ganz ausgeschaltet und zur Untätigkeit verurteilt, so täuscht man sich. Man ist vielmehr im Zentrum gut gerüstet. Einige Abgeordnete haben ein völlig ausgearbeitetes Steuerprogramm in ihren Mappen, das als eine sehr günstige Lösung bezeichnet werden kann. Das Zentrum ist also jederzeit in der Lage, mit wirksamen Gegenorschlägen zu kommen und seine Gültigkeit energisch auszusprechen.“

Demgegenüber möchte ich feststellen, daß die Zentrumspartei des Reichstages zur kommenden Finanzreform bisher keine Stellung genommen hat. Die Ansicht der Mehrheit der Fraktion geht dahin, daß dazu keine Veranlassung vorliegt, solange keine bestimmten Vorschläge seitens der Regierung gemacht sind. Inwiefern die Zentrumspartei an der Schaffung neuer Steuern aktiv mitzuarbeiten gedenkt, darüber ist ganz und gar nichts bekannt; jedoch herrscht die Meinung, daß der Vorschlag zuerst den Kopf darüber zu sprechen hat, wie der Finanzmangel abgehoben werden kann. Dem entsprechend lauten auch die Aufregungen der Abgeordneten. Der Inhalt und Stand im Reichstage. Hiernach wird das Zentrum unter allen Umständen seinem Grundsatze treu bleiben: keine weitere Belastung der minderbemittelten Volksklassen. Alles was bisher über die neuen Steuern bekannt geworden ist, deutet darauf hin, daß die Zentrumspartei in erster Linie zu betätigen haben wird in der Abwehr volksfeindlicher Steuerpläne. Ob und wie die Zentrumspartei mit eigenen Steuerplänen hervortreten wird, darüber ist, wie gesagt, in der Fraktion überhaupt noch nicht geredet worden. Wenn einzelne Abgeordnete privatim für sich Steuerpläne ausgearbeitet haben, wie in dem Artikel angedeutet wird, so wäre es rationell, wenn sie dieselben so lange in ihrer Mappe halten, bis die Fraktion Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen — sofern man nicht vorzieht, diese Pläne zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Jedenfalls muß die Schlussfolgerung zurückgewiesen werden, daß die Zentrumspartei „jederzeit in der Lage sei, mit wirksamen Gegenorschlägen zu kommen“, weil einige Abgeordnete ein völlig ausgearbeitetes Steuerprogramm in der Mappe haben. Solche geheimnisvollen, unkontrollierbaren Andeutungen sind nur geeignet, Verwirrung anzurichten. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Steuer sind jedenfalls auch in der Zentrumspartei sehr geteilt.“

(Herr Erbberger scheint also auch hier wieder der Verfasser von — sagen wir höflich — nicht ganz sachhaltigen Mitteilungen gewesen zu sein. Wir hätten also recht, ihnen das größte Mißtrauen entgegenzubringen. D. Red.)

— Der freistimmige Landtagsabgeordnete Reinhard Schindts-Gierfeld erhielt zu seinem 70. Geburtstag vom Reichsfinanzler Fürsten Bülow folgendes Telegramm: „Zur Feier Ihres 70. Geburtstages sende ich Ihnen meine aufrichtigsten Glückwünsche. Möge Ihre Zukunft und Einfluß noch viele Jahre dem Vaterlande erhalten bleiben.“ Ferner sandten Glückwunschkarte der Unterstaatssekretär v. Koelliker, der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Schöeller, der Regierungspräsident Schreiber in Düsseldorf und mehrere Parlamentarier. Namens des Vorstandes der freistimmigen Volkspartei gratulierte Dr. Müller-Sagan, namens der Stadtverwaltung eine aus dem Oberbürgermeister Fund und mehreren Stadtverordneten bestehende Deputation.

— Auf dem 14. Delegiertentag des Gewerbetarifs der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, der gegenwärtig in Berlin verhandelt, hat man sich lange über das Thema Agitation

und Taktik unterhalten und der Berichterstatter Traubert sagte dabei, wie es in dem parteiamtlich herausgegebenen Bericht heißt, der Vertreter in der Agitation, der für den Gewerbetarifs in früheren Jahren in den verschiedensten Landesteilen Deutschlands zum Ausdruck gekommen sei, habe nachgelassen. Ein anderer Redner gab auch den Grund für diese Erscheinung an, indem er meinte, es sei in der ganzen Arbeiterbewegung eine Ueberspannung eingetreten, die ganz von selbst zu einer Stagnation und zu einem momentanen Rückgang führen mußte. Auf einen einfachen Renner zurückgeführt, heißt das: Es gibt auch unter den Arbeitern eine allmählich steigende Zahl von Köpfen, denen der einseitige Klassenstandpunkt der Arbeiterbewegung, der rein wirtschaftlich betonte Betrieb der Arbeiterinteressen allmählich zu sehr wird und die sich deshalb mehr und mehr erinnern, daß ihr Interesse mit dem des Unternehmers „einerseits“ und des großen Volksganges, des Staates, andererseits in unauflöslichem Zusammenhang steht. Auch der unelbische Terrorismus, der menschenunwürdige Zwang, der auf den Tätigen, Geschiedenen und Arbeitswilligen geübt wird, auf daß er ja nicht das leide, was er vermag, und nicht das verdient, was er möchte, muß die besseren Elemente zur Selbstbestimmung und schließlich auch wieder zur Selbstbestimmung treiben und sie veranlassen, sich aus dieser lästigen und unheimlichen Umfassung loszulösen. Letzten Endes ist diese kräftig einsetzende Bewegung unter der Arbeiterklasse nichts anderes als ein Aufstehen des Individuums gegen den Herrengebanten, ein bewusster Protest gegen die allzu hohe „Idee der Nahrung“, der Festigung des Festsitzens unter Ausschluß jeder Möglichkeit, einen Vorsprung vor dem anderen zu gewinnen durch volle Ausnutzung der Kräfte, die dem einzelnen gegeben sind. Es ist ja immer ein Schauspiel eigener Art gewesen, die sozialistische Gleichmacherei in den Gedankenkreisen sich bewegen zu sehen, die man am Junitag und Junitag den Arbeitern nicht genug verlasten konnte. Vordem hieß man sich natürlich noch mit Macht gegen die Durchbrechung dieses Junitagsprinzips. Selbst die evangelischen Arbeitervereine haben es auf ihrer Tagung in Halle nicht zu vermeiden vermocht, den sogenannten gelben Gewerkschaften die denkbar größte Behandlung zuteil werden zu lassen, indem sie sie durch den Reichstagsabgeordneten Wegmann als Schmeichler und Freier und als Charakterlos bezeichnet haben. Aber gerade in den gelben Gewerkschaften, die sich selbst als vaterländische oder nationale Arbeitervereine aufgeben haben, scheint sich jener Gehanke der Weltung aus der Erde und des Aufstehens des Individuums am deutlichsten auszubilden, scheint sich am stärksten die Absicht zu zeigen von dem, was der Maschinenbauertag Ueberspannung der Arbeiterbewegung genannt hat.

— Die kürzlich vom sächsischen Gesamtministerium getroffene Entscheidung, daß ein Beamter, der zugleich Reichstagsabgeordneter ist, seinem Amte im Falle einer Vertagung des Hauses nur fernbleiben dürfe, wenn er durch ihn vom Reichstage aufgetragene Geschäfte an der Erfüllung seiner Dienstpflichten verhindert sei, lenkt die Aufmerksamkeit wieder einmal auf diese verfassungsmäßige Frage, die zum ersten Male im vorigen Jahre aufgetaucht, als der ultramontane Reichstagsabgeordnete Damescher sein Fernbleiben vom Dienste als Reichstagsabgeordneter während der Vertagung über den Sommer durchsetzte. Das jetzt nach der Reichstagspostverwaltung die sächsische Regierung in dieser Angelegenheit hat Stellung nehmen müssen, läßt darauf schließen, daß sie nicht so bald wieder zur Ruhe kommen wird. Die Reichsverfassung, die mit dem Eintreten so langer Vertagungen nicht gerechnet hat, wie sie in den letzten Jahren mehr und mehr üblich geworden sind, enthält über die Stellung von Beamten, die dem Reichstage angehören, nur die Vorschriften des Art. 21, die bestimmen: „Beamte bedürfen seines Urlaubes zum Eintritt in den Reichstag.“ Hieraus ist aber eher zu entnehmen, daß während der ganzen Dauer einer Session ein Beamter zur Abwesenheit von seiner Amtsstelle eines Urlaubes nicht bedarf, als das Gegenteil. Auch die Reichstagsverwaltung hat es daher im vorigen Jahre vorgezogen, gegen Damescher nicht einzuschreiten, während die sächsische Regierung sich nunmehr auf den entgegengelegten Standpunkt gestellt hat. Eine solche Frage bedarf aber einheitlicher Regelung für alle Reichs- und Landesbeamten, wenn nicht erhebliche Mißbilligungen entstehen sollen. Da — was auch aus anderen Gründen zu bedenken ist — eine Vertagung der häufigen Vertagungen des Reichstages über den Sommer nicht leicht zu erreichen sein dürfte, erscheint es angebracht, den Streit durch gelegentliches Eingreifen zu erledigen. Doch in diesem Falle nur eine der Entscheidung des sächsischen Ministeriums entsprechende Regelung in Frage kommen kann, bedarf keiner weiteren Ausführungen; es liegt kein Grund vor, Beamten während der sich weit über mehr als ein Halbjahr erstreckenden Vertagungen des Reichstages Ferien zu geben, wenn nicht besondere Umstände (Kommissionen) eine u. a. während der Vertagung eine Annahme rechtfertigen.

— Die „Münchener N. N.“ schreiben: Das Zentrum setzt seine Politik, die Stellung der bayerischen Staatsregierung in der Beamtenfrage zu erschüttern, eifrig und ununter-